

tisch) ist bei Streuung des Risikos am größten. Zum Beispiel trägt Kernenergie schon jetzt zur Verringerung des CO₂-Anstiegs bei. Die sicherheitspolitisch bedenkliche Abhängigkeit der harten Sonnenenergie von politisch instabilen Wüstenstaaten wird durch Kernenergie verringert. Demgegenüber kann technische Sicherheit im eigenen Land verbessert werden. Das über Jahrhunderte gemittelte Gesamtrisiko der Kernenergie hat dabei gute Chancen, nicht größer zu sein als das anderer Energiearten. Auf eine solche langfristige Risikobetrachtung kann nicht zu Gunsten einer zeitlich schwankenden und in verschiedenen Völkern sehr unterschiedlich ausgeprägten Psychologie der Risikowahrnehmung verzichtet werden, denn wenn Probleme historischer Größenordnung zu lösen sind, muß man in historischen Dimensionen denken!

b) Die *Kosten* alternativer Energieformen sind nicht unter dem zu engen Gesichtspunkt von Profitmaximierung

zu sehen, sondern im Hinblick auf die sozio-ökonomischen Gesamtauswirkungen. Energieformen, die Hunderte von Prozenten teurer sind als andere, werden sich nicht durchsetzen lassen, auch wenn sie ansonsten wünschenswerte Eigenschaften haben. Die Preisanstiege werden bei Wettbewerb verschiedener Energieformen am geringsten bleiben.

c) Die *Energievorsorge* bleibt bei voller Nutzung aller Optionen am stabilsten, weil jede Energieform andere Probleme hat, die sich gegenseitig ausgleichen. Zugleich wird die Vorsorge für andere nicht substituierbare Nutzungen von Öl und Kohle erhöht (z. B. Produktion von Kunststoffen).

d) Im Normalbetrieb ist die *Umweltschonung* sowohl bei Kernenergie wie bei Sonnenenergie gleichermaßen optimal, da keine naturbelastenden Schadstoffe in die natürlichen Kreisläufe einfließen (im Gegensatz zur Energie aus fossilen Brennstoffen).
Wolfgang Weidlich

Bewußtseins-schärfung durch Augenschein

Ein Justitia et Pax-Experiment auf den Philippinen

In der ersten Februarhälfte machte die deutsche Justitia-et-Pax-Kommission ein nicht alltägliches entwicklungspolitisches und entwicklungshilfliches Experiment. Sie lud eine größere Gruppe von Personen, die im engeren oder weiteren Sinne mit Entwicklungshilfe oder Dritte-Welt-Kontakten zu tun haben – darunter auch Repräsentanten verschiedener kirchlicher (Misereor), halbstaatlicher (Deutscher Entwicklungsdienst, Gesellschaft für technische Zusammenarbeit, Kreditanstalt für Wiederaufbau) und staatlicher (BMZ) Entwicklungsinstitutionen, Vertreter katholischer Verbände (auch des Zentralkomitees der deutschen Katholiken), dazu einige Politiker und Journalisten – zu einem sog. Eposure-Programm auf die Philippinen ein: im ganzen 25 Personen unter der Führung des Vorsitzenden der Justitia-et-Pax-Kommission, des Bischofs von Limburg, *Franz Kamphaus*, und seines „weltlichen“ Stellvertreters bei Justitia et Pax, *Karl Osner*, Ministerialdirigent im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Ein nicht alltägliches Experiment

Das Programm war etwas ungewöhnlich persönlich formuliert. Es hieß „Die Armen und ich: Wege und Schritte zur Solidarität“. Zweck des Unternehmens war es, den Beteiligten in Zusammenarbeit mit den örtlichen, in dem Fall philippinischen Partnerorganisationen (ausschließlich vertreten durch Nichtregierungsorganisationen, sog. NGO's – die meisten von ihnen katholischer Provenienz) ein Bild vor Ort zu vermitteln, indem man die Teilnehmer bis an die Graswurzeln der Armut führte und sie dem persönlichen Gesprächs- und Lebenskontakt beson-

ders armer Bevölkerungsschichten „aussetzte“ – dies der Sinn von „Exposure“. Man wollte damit also nicht nur Kontakte zwischen deutschen Entwicklungsinstitutionen und philippinischen Partnerorganisationen herstellen oder vorhandene intensivieren, sondern beiden, den von Justitia et Pax eingeladenen Deutschen und den philippinischen Partnerorganisationen, „Felderfahrungen“ vermitteln, die weder für die eine noch für die andere Seite – von Ausnahmen abgesehen – Teil ihrer Alltagstätigkeit sind: Die so „ausgesetzten“ Teilnehmer sollten im Umgang mit denen, die Entwicklungshilfe letztlich erreichen soll, Gesichter, Strukturen und Wurzeln der Armut kennenlernen, darüber reflektieren und – soweit möglich – als Erfahrungsfrucht in die je eigene Tätigkeit einbringen bzw. im direkten Kontakt mit der armen Bevölkerung „Material“ für die eigene konzeptionelle und praktische Arbeit sammeln.

Es war nicht das erste derartige Programm, das Justitia et Pax startete. Im vorigen Jahr, ungefähr um dieselbe Zeit, war bereits mit einer indischen Partnerorganisation ein ähnliches Programm durchgeführt worden. Nach Aussagen von Verantwortlichen, die an beiden Unternehmungen beteiligt waren, erwies sich der diesjährige Versuch auf den Philippinen aber als sehr viel hilfreicher nach Niveau und Zuschnitt als der vorjährige in Indien – dank einer hervorragenden personellen und sachlichen Organisation des Unternehmens durch die philippinische Partnerorganisation CENDHARRA (Center for the Development of Human Resources in Rural Asia) unter der Leitung von CENDHARRA-Direktor *Antonio L. Ledesma* und dessen bei CENDHARRA an leitender Stelle mitwirkenden Frau. Wesentlich erleichtert wurde den deut-

schen Teilnehmern – die meisten von ihnen gut bürgerliche Exkursionäre – das durchaus strapaziöse Unternehmen (Fußmärsche und lange Fahrten im offenen Landrover über staubige Straßen) durch die ebenso umsichtige wie nie versiegende Gastfreundlichkeit und Hilfsbereitschaft sowohl seitens der CENDHARRA in Manila wie der verschiedenen Helfer vor Ort und nicht zuletzt der Menschen selbst, deren Lebensverhältnisse und Einstellungen die Besucher kennenlernen sollten.

Das Programm lief in zwei resp. drei Etappen ab: Nach einer knapp eintägigen Einführung in die dem Programm zugrundeliegenden Fragestellung (Armut auf den Philippinen, Charakteristiken ländlicher Armut, Möglichkeiten und Schwierigkeiten bei der Entwicklung von Selbsthilfeprogrammen) und in die wirtschaftliche Gesamtsituation des Landes mit Hinweisen auf die noch nicht sehr konkreten Entwicklungspläne der neuen Regierung für den ländlichen Raum.

Ortserkundungen, die nachdenklich machten

Nach dem Einführungsteil verteilten sich die deutschen Besucher auf fünf verschiedene Kleingruppen, die begleitet von CENHARRA-Mitarbeitern und Helfern vor Ort in verschiedene Landesteile ausschwärmten: in Gebiete des Nordens und der mittelphilippinischen Inselgruppe. Nur der Süden – Mindanao mit seinen speziellen Problemen zwischen christlicher und muslimischer Bevölkerung – blieb – wohl dieser Umstände halber, aber auch aus Sicherheitsgründen – ausgespart.

Zwei Gruppen fuhren ins nördliche Luzon, die eine in die sehr binnenländische und gebirgige Provinz Abra und besuchte dort verschiedene zur Diözese Bangued gehörige Siedlungen und Einrichtungen, darunter ein von Steyler Missionaren errichtetes, auf ca. 5000 Hektar sich erstreckendes, in der Hauptsache mit Geldern von der Zentralstelle für kirchliche Entwicklungshilfe über Misereor finanziertes Bewässerungssystem; die andere in die Diözese Alaminos in der Provinz Pangasinan, deren junger und sehr dynamischer Bischof die deutsche Gruppe (mit Bischof Kamphaus) selbst führte. Eine dritte Gruppe besuchte Sorsogon mit dem Hauptort Irosin, ein auf der pazifischen Seite des Inselreiches gelegenes Gebiet; eine vierte besuchte und erwanderte sich Teile der westlichen Negros-Provinz, und eine fünfte flog nach Cebu-City, nach Manila die zweitgrößte Stadt der Philippinen und Sitz des neben Erzbischof Sin von Manila zweiten Kardinals der Philippinen, Erzbischof Ricardo Vidal, der gegenwärtig zugleich Vorsitzender der philippinischen Bischofskonferenz ist.

Die Ortserkundung dauerte für die einzelnen Gruppen jeweils etwa vier Tage. Ihr schloß sich nach Rückkehr der Gruppen mit ihren einheimischen Begleitpersonen („Facilitators“) eine zweitägige *Reflexionsphase* zur Auswertung und Vertiefung des Erlebten an. Dabei wurde

zwar auch das Bemühen um praktische Schlußfolgerungen – sprich Intensivierung der Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen zugunsten philippinischer Selbsthilfeorganisationen erkennbar. Im wesentlichen blieb es aber bei einer vorläufigen gemeinsamen intellektuellen Verarbeitung des Erlebten und einer tastenden Erkundung der psychologischen und geographisch-klimatischen Wurzeln *der Armut* und der strukturellen (international und national bedingten) Wurzeln *der Verarmung*.

Es wäre auch grundfalsch gewesen, ein solches Unternehmen auf unmittelbar praktische Wirkungen anzulegen und vorwiegend danach zu beurteilen. Natürlich erhoffte sich die philippinische Seite angesichts der Zusammensetzung der deutschen Gruppen nicht nur eine Intensivierung von Verbindungen auf persönlicher und institutioneller Ebene, sondern auch *Konkretionen in Form von Hilfestellungen ad hoc* oder eine stärker organisierte bzw. spezialisierte „Philippinenlobby“ unter den bundesrepublikanischen Entwicklungshilfeeinrichtungen. Lauter verständliche Wünsche – besonders in der gegenwärtigen Aufbruchphase des Landes –, aber kaum realisierbar, nicht nur weil es an entsprechender Zusammenarbeit zwischen den Institutionen in der Bundesrepublik fehlt und solche teilweise auch nicht gewollt ist, sondern weil gerade in der gegenwärtigen Phase der Gärung nach dem Ende des Marcos-Regimes sich die Gegensätze – aufgrund unterschiedlicher politischer und ideologischer Einflüsse – auch unter den philippinischen Partnerorganisationen verschärfen. Die Negros-Gruppe z. B. mußte sich im Besuchsteil des Programms nochmals unterteilen, weil die örtlichen Organisationen sich unter sich nicht auf ein einheitliches Programm einigen konnten.

Ein Grenzversuch, durch Erleben zu verstehen

Mehr als diese oder jene konkrete Hilfe von Diözese zu Diözese oder von Verband zu Verband (eine Vertreterin katholischer Frauenverbände stellte praktische Formen der Zusammenarbeit mit den in Irosin kennengelernten, sehr aktiven philippinischen Frauengruppen in Aussicht) konnte unter operativen Gesichtspunkten von einem solchen Unternehmen also sinnvollerweise nicht erwartet werden. *Zielpunkt* waren ja auch weniger die Philippinen als die mit Hilfe der dortigen Partnerorganisationen eröffnete Möglichkeit, konkrete Situationen der Armut und Verarmung kennenzulernen im persönlichen Umgang mit den Menschen vor Ort: Man ging in die Dörfer und Weiler, versuchte sich im Kennenlernen der besuchten Dorfbewohner, was so schwierig nicht war, wie es sich mancher vorgestellt hatte, weil die Philippinos selbst in den abgelegensten Dörfern ihre Scheu bald ablegen, wenn es dem Besucher gelingt zu vermitteln, daß er wirklich sie und ihre Probleme und nicht etwas anderes meint.

Man sprach nicht nur mit einzelnen Gruppenvertretern

oder Ortsvorstehern, sondern aß und nächtigte (jede Gruppe wenigstens einmal) in den Häusern oder Hütten der armen Bevölkerung in den entlegensten Barrios und bekam so wenigstens eine *Ahnung von ihrer Lebensweise und ihrem gesellschaftlichen Randdasein* (Mangel an Ausbildungsmöglichkeiten und gesundheitlicher Betreuung), ihrer wirtschaftlichen Not (karger Boden, Mangel an Bewässerungsanlagen, das Ausgesetztsein den Naturgewalten – ein Taifun kann nicht nur eine ganze Ernte, sondern ein ganzes Gebiet ruinieren) und der enormen Bodenerosion (aufgrund natürlicher Ursachen, aber auch wegen umweltschädigender Kultivierungsmethoden). Man nahm teil an ihren Festen und an ihrem häuslichen Leben, auch wenn die verbale Verständigung – die meisten Philippinos, besonders in den abgelegenen Gebirgsgebieten, sprechen ihre Stammsprache und – in der Regel – nur die Besucher höherer Schulen englisch – so einfach nicht war und manche Geste oder das Singen und Tanzen am abendlichen Feuer vor den Hütten letztlich näher zusammenführte als die mehr oder weniger spontanen Gruppengespräche.

Bilder der Apathie und Hoffnung

Man begegnete *Pächtern*, die in ihren Lebenschancen fast völlig von ihren Hacienderos abhängig sind, sprach mit *landlosen Bauern*, deren einzige Grundlage die eigene Hütte und ein wenig Saisonhilfsarbeit bei benachbarten Reiskleinbauern ist und von denen selbst die Helfer vor Ort nicht sagen konnten, wie sie überleben. Man lernte auch entstehende Selbsthilfestruckturen kennen: kleine Konsum-, Vermarktungs- und Kreditgenossenschaften (zur Ausschaltung „räuberischer“ Zwischenhändler und wuchernder Geldverleiher), bekam eine Ahnung von der *Schwierigkeit, Selbsthilfekräfte im kleinen wie im großen Stil zu wecken* und war sich bei der erlebnisverarbeitenden Reflexion darüber einig, daß zwar von außen ein Anreiz und Hilfestellung gegeben werden kann, die Hauptleistung aber von den Betroffenen selbst kommen muß. Und: auch philippinische Partner warnten vor einer naiven Glorifizierung „der Armen“.

Aber es gab – neben Ausweglosigkeit und Apathie – auch Zeichen einer Wendung zum Besseren: wo eine charismatische Führungspersönlichkeit Leute und Mittel um sich zu versammeln versteht, profitiert gleich eine größere Population davon. Ein Bewässerungssystem, das von den es tragenden Genossenschaften auch selbst gewartet werden kann, macht eine ganze Gegend gleich etwas weniger arm. Und die Besucher stießen auch auf – nach Grad und Art sehr unterschiedliche – politische Bewußtseinsstände – kein Wunder in einem Land, das sich politisch neu auf die Füße zu stellen beginnt, aber seit je von Unruhen heimgesucht und mehr denn je mit seinen inneren Gegensätzen fertig werden muß.

Natürlich blieb alle so vermittelte Erfahrung *punktuell* – von den örtlichen und zeitlichen Möglichkeiten her – für vertiefende Nachdenklichkeit ebenso geeignet wie dafür,

sich vom Einzelfall oder vom Lebenssystem Dorf her – ob es sich dabei um Fischer oder Bauern handelte – ein völlig falsches Bild von den konkret gegebenen Entwicklungsmöglichkeiten und den psychologischen (in den Menschen selbst) und strukturellen Voraussetzungen (Fehlen handwerklicher Infrastrukturen, nicht funktionierende Verwaltungseinrichtungen exportorientierte und -abhängige Monokulturen der Zucker- und Kokosnußhaciendas mit den von den „Landlords“ abhängigen Massen von Pächtern und landlosen Landarbeitern). Ein mitreisender Misereor-Vertreter warnte: der direkte Umgang mit den Armen und das Kennenlernen ihrer menschlichen Reichtümer (Lebensfreude, Familiensinn, Zuwendungsfähigkeit) könne die *wirklichen Wurzeln der Armut und Verarmung* leicht verdecken. Und ein philippinischer Teilnehmer stimmte ihm ausdrücklich zu.

In der Tat: auch wer keiner extremen Dependenztheorie anhängt und nicht meint, auch der entlegenste Dorfbewohner verdanke sein Elend hauptsächlich oder gar allein den „räuberischen“ Welthandelspreisen und dem Protektionismus der Industrieländer, konnte das Gefühl haben, das Erlebnis vorwiegend ländlicher Armut – nur die Cebu-Gruppe lernte auch städtische Armut in den dortigen Slums wirklich kennen – könne von den großen Zusammenhängen der Armut – von ihren vielen Gesichtern – eher ablenken, so wichtig die Hinwendung zum ländlichen Raum – die Mehrzahl der „absolut“ Armen lebt ja auf dem Lande – entwicklungspolitisch weltweit ist. Ländliche Armut – da mögen die Kinderscharen noch so zahlreich, die Gesundheitsdienste noch so unzulänglich und die Unterernährung noch so groß sein – behält ihren gewissen Charme, während Armut in den Slums auch diesen völlig verliert. Man konnte den Unterschied an den Reaktionen mancher Teilnehmer während einer nur kursorischen Rundfahrt durch Tondo – den großen Slums am Rande von Manila, dessen Einwohner sich zum Teil buchstäblich aus den Abfällen des wohlhabenden Bürgertums ernähren – sehr gut ablesen.

Überlebenstest – Landreform

Die Begegnungen auf den Philippinen fanden zu einem politisch interessanten Zeitpunkt statt: wenige Tage nach dem Verfassungsreferendum und am Ende des zweimonatigen Waffenstillstands mit den Guerillagruppen der kommunistischen NPA. So war es ganz natürlich, daß in den Sitzungen in Manila, aber noch mehr an deren Rande und bei den Gesprächen unterwegs immer wieder auch die Frage auftauchte, wie es denn nun im Lande selbst weitergehe. Eine realistische Einschätzung der tatsächlichen Entwicklungsmöglichkeiten erwies sich dabei als nicht minder schwierig als die Grundfrage des Exposure-Programms, wie denn mit welchen Mitteln und in welchen Fristen die im Prinzip vorhandenen Selbsthilfekräfte eines an sich ressourcenreichen Landes am besten aktiviert werden können.

Die Regierung Aquino kann sich nach dem Ausgang des

Verfassungsreferendums voll bestätigt fühlen. Insofern vermittelte dieses vermutlich ein zutreffenderes Bild von den inneren Kräfteverhältnissen oder wenigstens von der Grundstimmung im Lande als die vorausgegangenen *Putschversuche* (einschließlich des blutigen Massakers an demonstrierenden Bauern und Landarbeitern an der Mendiola-Brücke in der Nähe des Präsidentenpalastes). Die *kommunistische Gefahr* wurde immer wieder beschworen auch die kommunistische Unterwanderung von Teilen des kirchlichen Personals – von Militärs, aber auch von ausländischen Kennern des Landes, wobei der Besucher den Eindruck hatte, die je unterschiedliche subjektive Haltung des Gesprächspartners zum Kommunismus bestimme auch die Überschätzung – diese vor allem – oder auch die Unterschätzung des philippinischen Kommunismus. Auch wenn die kommunistische Guerilla nach dem Ende des Waffenstillstandes wieder fast täglich irgendwo zuschlägt (bis Mitte März soll es bereits wieder bis an die 200 Tote – Militärs und Zivilisten – gegeben haben), ist sie während des Waffenstillstandes militärisch kaum stärker und sicher nicht einiger geworden. Ganz aussichtslos scheinen – mit Lockungen und Drohungen – die Versuche der Regierung, unter Einschaltung von Bischöfen mit Rebellen regional zu verhandeln, nicht zu sein, auch wenn insbesondere die amerikanischen Verbündeten nicht sehr überzeugt davon sind. Politisch dürften die kommunistischen Kräfte trotz erhöhter und diversifizierter Aktivität, nachdem sie sich sowohl der „bürgerlichen“ Februarrevolution wie der neuen Verfas-

sung verweigert haben, ebenfalls kaum stärker geworden sein.

Marcos ist für die Philippinen keine ernst zu nehmende Gefahr mehr, auch wenn die Kräfte, auf die er sich stützte, da sie über große wirtschaftliche und militärische Macht verfügen, der Regierung Aquino noch lange zu schaffen machen werden. Starke Spannungen gibt es nach wie vor zwischen Regierung und *Militär*. Aber dieses ist unter sich zu sehr gespalten, als daß es die Regierung aus dem Sattel heben könnte. Putschversuche und blutige Attentate wird es vermutlich auch in Zukunft immer wieder geben, und die Kongreßwahlen im Mai und besonders die Gemeinde- und Bezirkswahlen im August versprechen unruhige Zeiten. Aber an der Gesamtlage dürfte sich in den nächsten Monaten nicht viel ändern. Das größte und dringendste Problem ist und bleibt für die Regierung die *Landreform*, die – nach dem Referendum – erst allererste Konturen annimmt. Dabei ist kaum am Willen der Regierung zu zweifeln, eine Landreform, die den Namen verdient, auch tatsächlich durchzuführen. Aber selbst wenn sie nur halb wollte – sie weiß auf jeden Fall, daß die Landreform ihre *Überlebensgrundlage* ist. Landreformen aber brauchen Zeit und im konkreten Fall viel Geld, das bei 31 Milliarden Dollar Auslandsverschuldung nur schwer zu beschaffen ist. Und selbst wenn die Finanzierung zum größeren Teil gelingt, wer sagt denn, daß die entschädigten *Hacienderos* ihr Geld in den Ausbau landeseigener Industrien investieren.

David Seeber

Kurzinformation

Vom 6. bis 8. März fand in Dieburg (Hessen) ein Treffen der Präsidenten der europäischen Bischofskonferenz statt.

Zu diesem Treffen kam es durch die Anregung Papst Johannes Pauls II. in einem Brief an die Präsidenten der europäischen Bischofskonferenzen vom 2. Januar 1986, sich Gedanken zu machen über eine Neuevangelisierung Europas. Zum Abschluß ihrer Beratungen verabschiedeten die Bischöfe einen *Brief an die Katholiken*, in dem sie u. a. betonen, daß man alles daransetzen müsse, den Glauben in den jungen Generationen zu wecken und den jungen Menschen Christus näherzubringen. Die Familie müsse dafür der bevorzugte Ort bleiben bzw. als solcher erneuert werden. Angesichts der gemeinsamen Kultur solle man die Unterschiede zwischen den Völkern Europas nicht als eine Bedrohung, sondern als eine Chance der Bereicherung betrachten. Die Präsidenten der Bischofskonferenzen wandten sich darüber hinaus mit einer „*Botschaft über die Förderung des Friedens durch Vertrauen und Wahrheit*“ an alle Christen und alle Menschen guten Willens in Europa. Vor dem Hintergrund der gerade in Europa erfolgten Glaubensspaltungen rufen die Bischöfe die Christen dazu auf, sich für die öku-

menische Bewegung einzusetzen. Durch ihr eigenes Suchen nach Einheit könnten die Christen selbst zu einem lebendigen Zeichen für gegenseitiges Vertrauen und für den Aufbruch zu einem weltweiten Frieden werden. Die Spaltung zwischen einem östlichen und einem westlichen Teil Europas dürfe die Kirche nicht hinnehmen. Wer zwischen *Ost und West* Vertrauen stiften wolle, müsse den Teufelskreis des Mißtrauens durchbrechen. Man müsse für alles offen sein, was eine Grundlage von Verständigung und Versöhnung sein könne. Dazu gehöre auch der Versuch, sich selbst mit den Augen des Gegners zu sehen. Letztlich erscheine der Ost-West-Konflikt zutiefst als ein Konflikt über die *Wahrheit des Menschen*. Den Frieden fördern heiße daher: die Wahrheit erneuern. Die katholische Kirche verstehe sich weder als Teil noch als Konkurrent der verschiedenen politischen Systeme. Sie könne in jedem politischen System leben, wenn dieses System nur die Menschenrechte und Religionsfreiheit achte. Sie anerkenne das Gute in jedem System, das für das Gemeinwohl getan werde. Umgekehrt erfolge Kritik durch die Kirche im Dienst an eben diesem Gemeinwohl. Die katholische Kirche biete ihre Mitarbeit an im Blick auf eine „Zivilisation der Liebe“.